VIER-TORE-STADT
NEUBRANDENBURG

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg** 26.11.2025
**Finanzausschuss**

**Niederschrift**

**über die 12. Sitzung des Finanzausschusses (Sondersitzung) am Mittwoch, 12.11.2025**

Sitzungsort:
Neubrandenburg, Berufsfeuerwehr, Ziegelbergstraße 50, Raum 2.2.47

Beginn: 17:00 Uhr Ende: 19:23 Uhr

**Anwesenheit:**

**Anwesend:**

Vorsitzende/Vorsitzender
Ratsherr Jens Kreutzer

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender
Ratsherr Heiko Schröder

Gremiumsmitglied
Ratsherr Holger Hanson
Herr Thomas Knuth
Ratsfrau Caterina Muth
Ratsfrau Yvette Schöler
Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke

stellv. Gremiumsmitglied
Herr Detlef Schimank Vertretung für Ratsfrau Sigrid Strelow

## Öffentlicher Teil

### TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

**Ratsherr Kreutzer** (Fraktion BSW/BfN), Vorsitzender des Finanzausschusses**,** eröffnet die 12. Sitzung des Finanzausschusses.
Seitens der CDU-Fraktion gab es Änderungen in der Ausschussbesetzung. Herr Martin Rohloff – sachkundiger Einwohner – kommt als stellvertretendes Mitglied für Herrn Max Stubbe in den Finanzausschuss. Herr Holger Warkentin (SKE) ist für Frau Strassler-Wonn stellver- tretendes Mitglied im Finanzausschuss. Von beiden liegt die unterschriebene Verpflichtungserklärung bereits vor. **Ratsherr Kreutzer** verliest diese und vereidigt beide Herren per Handschlag.

**TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Einladung ist rechtzeitig zugegangen. Es sind 8 Mitglieder/stellvertretende Mitglieder des Finanzausschusses anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 11. Sitzung des Finanzausschusses (Sondersitzung) vom 13.10.2025**

Die Niederschrift der 11. Sitzung des Finanzausschusses vom 13.10.2025 wird einstimmig beschlossen.

**TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

**Frau Piotrowski** informiert über die Antwort der Rechtsaufsichtsbehörde auf die Frage, ob der Zuschuss für die Grundschule Datzeberg ein investiver oder laufender Zuschuss ist. Die Rechtsaufsichtsbehörde vertritt die Auffassung, dass es ein Investitionszuschuss ist. Die Antwort wurde bereits dem Büro der Stadtvertretung übergeben. Aufgrund des aktuellen Planungsstandes wird die Vorlage zum Einsatz des positiven Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zur Finanzierung von Investitionen nach § 12 Nr.4 GemHVO Doppik nicht mehr eingebracht**.**

**TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

**Ratsherr Kreutzer** schlägt vor, die TOP 7 und 8 in verbundener Aussprache zu beraten. Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

**TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung**

**TOP 7 Doppischer Haushaltsplan 2026**
**Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen**
**Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt**
**Band 2 Stellenplan**
**Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen**
**Vorlage: BV/VIII/0203**

und

**TOP 8 Doppischer Haushaltsplan 2026**
**Band 4 Städtebauliches Sondervermögen**
**Vorlage: BV/VIII/0204**

in verbundener Aussprache

**Ratsherr Kreutzer** beginnt mit der Frage, woher die gravierenden Änderungen (laut Änderungsblatt Nr. 1) im Haushaltsplan 2026 kommen. Welche Möglichkeiten gibt es, sich noch in eine andere Richtung zu bewegen? Eine weitere Frage ist, ob der Zuschuss vom Landkreis für den ÖPNV in 2027 auch noch enthalten ist.

**Frau Piotrowski** (Leiterin FB 1) antwortet**,** dass die größte Änderung aus der Verschlechterung der Schlüsselzuweisung aus dem FAG und der damit geänderten Kreisumlage resultiert. Es wurde von ca. 260 €/Einwohner ausgegangen. Ein Orientierungsdatenerlass liegt aber noch nicht vor.
Die Kompensationszahlung ÖPNV ist in 2027 noch enthalten.

**Frau Piotrowski** beginnt mit der Präsentation (s. Anlage 1) mit den *allgemeinen Haushalts-daten 2026.* Der Gesamtbetrag Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird mit dem letzten Änderungsblatt nachgetragen. Die Hebesätze wurden nicht verändert. Im vergangenen Jahr kam die Frage auf, ob vielleicht noch Spielraum besteht, den Hebesatz Grundsteuer B in einem 2. Schritt auf den einkommensneutralen Hebesatz anzuheben. Die prognostizierten Mindereinzahlungen von 1,7 Millionen Euro haben sich realisiert, so dass hier gerne in die Diskussion gegangen werden kann.
Bei den Anordnungen zur Ausführung des Haushaltsplanes (Seite 5) schlägt die Verwaltung vor, die Wertgrenze für Auszahlungen von 2 v. H. auf 5 v. H. zu erhöhen, um im Falle einer Erhöhung der Kreisumlage über 2 % den Verwaltungsaufwand für einen Nachtragshaushalt einzusparen. Die Stadtvertreter würden trotzdem über eine Vorlage zur überplanmäßigen Auszahlung beteiligt werden.
Auf die Frage von **Ratsfrau Schöler** (Fraktion CDUplus), wie hoch die Einsparung wäre, antwortet **Frau Piotrowski,** dass die finanzielle Einsparung nicht so groß wäre, da die Personalkosten sowieso anfallen. Es würden Kapazitäten eingespart werden, da ein Nachtragshaushalt nicht nur die erhöhte Kreisumlage beinhaltet, sondern alle wesentlichen Änderungen aller Teilhaushalte eingearbeitet werden müssten, die bis dahin bekannt sind. Der Nachtragshaushalt wäre auch in 1. und 2. Lesung zu beraten.
**Frau Piotrowski** antwortet auf die dahingehende Frage von **Ratsherrn Kreutzer**, dass die Stadtvertretung laut Kommunalverfassung zuständig für eine derartige Entscheidung ist (und verweist auf den Text Seite 5).
Zur Einführung des Gesamthaushaltes gibt es keine weiteren Fragen.

**Herr Bachmann** (Beteiligungsmanager) führt die Präsentation fort mit dem *Band 3.1., Teilhaushalt 6 – Wirtschaftsplan Eigen- und Beteiligungsgesellschaften* (NEUWOGES, VZN, PNG, SJZ, neu.sw, FNT, TOG, ZELT, FLB, DIZ, IKT-Ost, EBIM).
**Ratsherr Kreutzer** ergänzt zur IKT-Ost, dass auf der nächsten Ausschusssitzung am 19.11.2025 der Jahresabschluss IKT-Ost auf der Tagesordnung steht und dazu der Vorstandsvorsitzende Herr Goldacker anwesend sein wird, um Fragen und Probleme besprechen zu können (so wie in der Finanzausschuss-Sitzung vom 25.06.2025 angeregt).

**Ratsherr Hanson** (Fraktion Projekt NB) beginnt die Diskussion. Er hat erwartet, dass nicht nur Fakten vorgetragen werden, sondern dass Impulse herausgearbeitet werden, wie man von dem sich abzeichnenden großen Defizit wegkommt. Die Stadtwerke neu.sw stehen mit hoher Fremdverschuldung da und können die Investitionen nicht stemmen. Bei der NEUWOGES sieht es ähnlich aus. Beide geplanten Gewinnergebnisse werden nicht eintreten.
Bei den Stadtwerken liegt das u. a. an der steigende Gewinnverwendung für die Verluststützung ÖPNV. **Herr Bachmann** und **Ratsherr Hanson** diskutieren über die gesetzlichen
Rahmenbedingungen zwischen Stadt und Landkreis bezüglich des ÖPNV.

**Ratsherr Schröder** (Fraktion CDUplus) gibt zu bedenken, wie ein vernünftiger Haushalt aufgestellt werden kann. Eine Planung mit 4 Millionen Euro Gewinn der Stadtwerke ist nicht ehrlich. **Herr Bachmann** korrigiert auf 3 Millionen Euro und erläutert, dass im Haushalt 2026 noch das alte Modell des ÖPNV veranschlagt ist. Der Vertrag läuft zum 31.12.2026 aus.
**Ratsherr Kreutzer** richtet die Bitte an die Verwaltung, mit Blickrichtung auf 2027

vorbereitend zu schauen, was sich hinsichtlich des ÖPNV ändert und was das für die Haushaltsplanung bedeutet.

**Ratsherr Hanson** rät zur Haushaltssicherung und richtet den Appell an die Verwaltung, das nicht nach vorne zu schieben, sondern jetzt schon damit anzufangen, neu zu rechnen und zu überlegen, auf was man verzichten kann.

**Ratsherr Kreutzer** sagt, dass es ein strukturelles Problem in der Finanzierung der Kommunen in ganz Deutschland gibt. **Ratsfrau Muth** (SPD/Grüne + ZG) stimmt dem zu. Die strukturellen Fehlentwicklungen vom Bund bis zur Kommune können nicht aufgehoben werden. Daher muss die Stadt überlegen, ob geplante Investitionen notwendig sind, wie z. B. das DIZ, die Instandsetzung der Seestraße, den Rathausvorplatz oder den Bahnhofsvorplatz. Welche Investitionen wollen wir weiterführen mit diesem Haushalt. **Ratsherr Schröder** gibt ihr recht, weist aber auch daraufhin, dass man sich auch hinsichtlich des Ergebnishaushaltes Maßnahmen überlegen muss, die zu besseren Einnahmen und zu Kostensenkungen führen. Er schlägt vor, dass überall 10 % gestrichen werden.

**Ratsherr Hanson** bezieht sich auf die eingereichten Vorschläge seiner Fraktion zur Reduzierung des Defizits (Anlage 2), die den Ausschussmitgliedern vorab übermittelt wurden und die durch Ratsfrau Muth teilweise aufgegriffen wurden und nennt daraus als Beispiel die Kosten für den Relaunch der Internetseite.

**Ratsherr Schwanke** (Fraktion BSW/BfN) gibt zu bedenken, dass bei allen Einsparungen zu beachten ist, dass die Lebensqualität in der Stadt für die Bürger erhalten bleibt. Z. B. ist die Instandsetzung der Seestraße schon seit langer Zeit geplant und absolut notwendig und wurde immer wieder verschoben.
Zum ÖPNV beschließt der Kreistag. Hier sollte jede Fraktion auf ihre Kreistagsabgeordneten einwirken, damit die Qualität im Stadtverkehr erhalten bleibt.

**Ratsherr Kreutzer** befürwortet die Idee, konkrete Themen zu benennen, die man kritisch in der Verwaltung betrachten soll. Dabei ist zu beachten, dass das auch eine politische Diskussion ist. In welcher Stadt wollen wir leben? Viele Investitionsvorhaben wurden durch die Stadtvertreter beschlossen, z. B. das neue Schwimmbad oder das DIZ.

**Ratsfrau Muth** regt an, dass sich jede Fraktion Gedanken macht und bis kommenden Montag eine Auflistung, so wie es die NB Fraktion bereits getan hat, einreicht.

**Frau Piotrowski** bittet um eine konkrete Aufstellung der gewünschten Einsparungen und erläutert, dass es ein hoher Aufwand ist, herauszuarbeiten, warum Einsparungen vielleicht nicht möglich sind. Sie nimmt den Auftrag für die Verwaltung mit. Bis zum nächsten Finanzausschuss am 19.11. wird es nicht zu schaffen sein, eine Zuarbeit wird zur Sondersitzung am 03.12.2025 vorliegen. Sie weist darauf hin, dass die Investitionen im Stadtentwicklungsausschuss und Betriebsausschuss besprochen werden sollten. **Ratsfrau Schöler** fragt, ob es einfacher ist, eine pauschale Einsparung von 10 % in jedem Bereich einzuplanen. **Ratsfrau Muth** ergänzt, dass das vor Jahren schon einmal mit 5 % gemacht wurde. **Frau Piotrowski** antwortet, dass der Aufwand ein ähnlicher wäre und das für einige Bereiche auch nicht machbar ist.

**Ratsherr Schröder** weist darauf hin, dass für die Aufstellung eine Abstimmung in den Fraktionen erforderlich ist. Er regt an, neben dem 03.12. evtl. noch einen weiteren Termin zu finden, um zu beraten, welches Einsparpotential möglich wäre, z. B. auch bei den freiwilligen sozialen Leistungen (evtl. veränderte Öffnungszeiten Kunstsammlung o. ä.). **Frau Piotrowski** antwortet, dass im Haushaltsplan eine Übersicht der freiwilligen Leistungen enthalten ist und es für die Planung 2026 schwierig sein wird, Einsparungen zu berücksichtigen,

da für viele Leistungen Vertragspflichten vorliegen, wie Aufsicht der Kassierung. Solche Themen sollten Anfang 2026 diskutiert werden.

**Ratsherr Kreutzer** greift die Idee von Ratsfrau Muth auf und fasst für das Protokoll zusammen:
Alle Fraktionen überlegen sich vor dem Hintergrund des Haushalts, welche Themen Einsparpotential haben bzw. evtl. für die Stadt nicht dringend umsetzbar sind. Wünschenswert ist, dass diese Aufstellung bis kommenden Montag, den 17.11.2025, beim Finanzservice eingereicht wird (gerne zur Kenntnis an den Vorsitzenden des Finanzausschusses), aber auch danach können noch Vorschläge übermittelt werden.

**Ratsherr Kreutzer** bittet die Verwaltung, auch eigene Ideen bzw. Vorschläge mit einzubringen.

**Frau Piotrowski** fährt in der Präsentation mit dem *Band 3.2 Wirtschaftsplan EBIM* fort. Der Wirtschaftsplan wird in der kommenden Woche im Betriebsausschuss intensiv vorgestellt. Danach geht sie auf die *Finanzierung der Investitionen im Gesamthaushalt* inkl. EBIM ein, erläutert die *Belastung durch Kredite von 2022 – 2029* und informiert über die *Mietzahlungen an EBIM* sowie über die *Zahlungen an IKT-Ost* der einzelnen Teilhaushalte.
Weiter geht es mit dem *Teilhaushalt 2 – Innere Verwaltung*. Frau Piotrowski erläutert auf Nachfrage, dass die Verwaltung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement verpflichtet ist, jedem Arbeitnehmer nach 6 Wochen Krankheit ein Gesprächsangebot zur Wiedereingliederung zu machen. Der Arbeitnehmer kann entscheiden, ob er es annimmt oder nicht. Da die zuständige Kollegin ausgefallen ist, wurde die Leistung extern vergeben.

**Frau Piotrowski** macht weiter mit dem *Teilhaushalt 6 – Wirtschaftliche Unternehmen.* Zu der Position Entschädigung NEUWOGES Abriss Waagestraße gab es im Änderungsblatt eine Erhöhung von 1,3 Mill. Euro. **Herr Bachmann** erläutert auf Nachfrage, dass hier die Vereinbarung 2 Zahlungsraten vorsieht, die sich zeitlich verschoben haben. Die eine Rate erfolgt nach Abriss und die zweite bei Einreichung des Bauantrages. Beide Raten wurden im letzten Jahr eingespart (1,3 Mill.), kommen aber dafür 2026.

**Frau Piotrowski** fährt fort mit dem *Teilhaushalt 8 – Schule, Sport und Recht, Teilhaushalt 9 – Kultur* und dem *Teilhaushalt 7 – Allgemeine Finanzwirtschaft*. Bei den laufenden Schlüsselzuweisungen gehört Neubrandenburg zu den Städten, die aus dem FAG durch den Zensus überproportional belastet sind. Zusätzlich wurden die vier großen kreisangehörigen Städte bei der letzten FAG-Novelle überproportional begünstigt, was mit dem neuen FAG korrigiert wurde.
**Frau Piotrowski** beendet die Präsentation mit den *Unwägbarkeiten der Haushaltsplanung.*

**Ratsherr Schwanke** äußert seinen Unmut über die politische Entscheidung in Sachen Zuschuss an Tageseinrichtungen für die Kinder. Mit ca. 12 Millionen, die die Stadt auszahlt, ist das eine der größten Positionen im Teilhaushalt 2. Es ist nicht in Ordnung, dass die Zahlung des Zuschusses nicht vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht wurde.
**Ratsherr Kreutzer** sagt, dass dies auch wieder ein Beispiel für die Landespolitik ist, die Beschlüsse fasst, die nicht ausfinanziert sind und die Kommunen dann die Last zu tragen haben. **Ratsherr Schröder** regt an, ob es nicht besser wäre, die Kita-Betreuung wieder in die Kommunen zurückzuholen. Vielleicht könnte die Verwaltung darüber nachdenken, wie wir in Zukunft damit umgehen, da die Vereinbarung 2026 sowieso ausläuft.

Zum Band 4 des Haushaltsplanes – Städtebauliches Sondervermögen verweist **Ratsherr Kreutzer** auf die Sonderveranstaltung, die es dazu gab. Es bestehen keine weiteren Fragen.

**Kenntnisnahme**

**Ratsherr Kreutzer** beendet den öffentlichen Teil.

gez. Jens Kreutzer
Ausschussvorsitzender

gez. Gisela Wollenzin
Protokollantin